

Stadtpolitiker Jammerlappen der Nation

Wann immer die roten und grünen Oberhäupter der Schweizer Städte zusammensitzen, werden Geldforderungen beschlossen. Diese Woche kamen sie überein, aus der Bundeskasse weitere Milliarden (sechs haben sie schon bezogen) für «Agglomerationsprogramme» im Verkehr zu verlangen. Was dann die urbane Mobilitätslenkung neben dem Bau von Pollern, Schwellen und anderen Sperren konkret bedeutet, haben die Bewohner von zwei Berner Quartieren demnächst wieder zu erdulden: Mitte September dürfen dort einen Tag lang keine motorisierten Individualfahrzeuge unterwegs sein: Freie Fahrt für Rikschas und zurück zum Pferdefuhrwerk. Fehlt nur, dass die Städte zu Naturparks mutieren.

Städte treten in Bern mit Penetranz und Postulaten auf

Nun, dass Geld für allerhand Schabernack und Widersinn ausgegeben wird, ist nicht einmal das Hauptproblem. Wesentlich schlimmer ist, wie die Stadtpolitiker, die sich doch so gerne als Fahnenträger des Fortschritts und Motoren der Wirtschaft und Gesellschaft feiern lassen wollen, in den letzten Jahrzehnten zu den schlimmsten Jammerlappen der Nation verkommen und zu den grössten Subventionsempfängern geworden sind. Sie treten in Bern mit einer Penetranz und mit Postulaten auf, die an die peinlichen Präsentationen agrarischer Begehren gemahnen: Abgeltungen für sogenannte Zentrumslasten, Ausgleich für «soziodemografische Belastungen», Fonds und Zuwendungen für den Verkehr, Beihilfen für dieses, Geld für jenes, alles unter dem wahrhaft irreführenden Titel «aktive Städtepolitik».

Als stetig sprudelnde Geldquelle zapften die Städte den Nationalen Finanzausgleich (NFA) an, der eigentlich zur Glättung der unterschiedlichen Finanzkraft zwischen den wirtschaftlich florierenden Mittelland-

regionen und den peripheren Gebieten installiert wurde. Mit den «soziodemografischen Sonderlasten» der Zentren gelang es ihnen, in Bern einen neuen Subventionstatbestand durchzusetzen. Damit soll die besondere urbane A-Bevölkerungsstruktur - beklagt wird ein «Überhang» an Auszubildenden, Alten, Armen, Ausländern, Abhängigen, Asylbewerbern, Arbeitslosen, Asozialen, Alleinerziehenden, Ausgeflippten - mit Bundesgeld belohnt werden. Mittlerweile fliessen auf diesem Weg jährlich 360 Millionen in die grossen Städte. Und es sollen noch mehr werden, verlangt die Lobbyorganisation Städteverband.

Es wird eine Klientel mit maximalen Ansprüchen bedient

Stossend daran ist: Erstens werden die meisten dieser Sonderfaktoren, so sie denn in diesem Ausmass auftreten, vom Bund bereits via Sozialversicherungen, Prämienverbilligung, Bildungs- und Forschungskredite, Krippenförderung oder Subventionen des Staatssekretariats für Migration aufgefangen. Zweitens fördern die Städte die Soziostruktur, die ihnen überproportionale Kosten beschere. Laut Studie der Berner Fachhochschule rennen in den Kernstädten 88 Prozent der Berechtigten zur Sozialhilfe; auf dem Land, wo die Selbstverantwortung mehr gilt, liegt die Quote bei 50 Prozent. Die Stadtpolitiker bedienen eine Klientel mit maximalen Ansprüchen - und lassen sich ihre wiederwahlfördernde Grosszügigkeit aus der Bundeskasse bezahlen.



Urs Paul Engeler
Autor
«Handelszeitung»